

Apropos 65:

Wie man die Mitmenschen am Sklavenband führen kann

«In der Wirtschaftskrise sind Wohlhabende noch reicher geworden.» Dafür zahlen müssen die Armen (z.B. Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose) und ein Teil des sogenannten Mittelstandes. Das hat eine Studie von *The Boston Consulting Group* (BCG) in München ergeben, mit der weltweit die Anlagen in Bargeld, Aktien, Wertpapieren oder Fonds unter die Lupe genommen worden sind (*Apropos 64*). Dieser Zusammenhang ist dem jungen Mann – nennen wir ihn Frank –, der kürzlich in mein Leben geplumpst ist (*Apropos 63*), arg eingefahren; er empfindet das als unerträglich ungerecht. Sein Unmut wird auch nur wenig gedämpft, wenn er aus den Medien erfährt, dass die Verhältnisse in den USA noch viel schlimmer sind als in (Mittel-)Europa. Dort kassiert das reichste Prozent 17,1 Prozent aller Einkommen (1979 waren es erst 7,5 Prozent). Und das reichste Fünftel beansprucht 52,5 Prozent aller Einkommen – elf Mal mehr als das ärmste Fünftel. Die obersten 20 Prozent können gar nicht so viel ausgeben, wie sie einnehmen. Andererseits lebt etwa die Hälfte der US-Haushalte auf Pump. Diese extrem ungleiche Einkommensverteilung empfindet der 17-jährige Frank als Skandal.

457 Millionen Dollar für Missmanagement

Besonders stoßend ist für ihn, dass auch der Ex-Chef der Pleitebank Lehman Brothers zu den bestbezahlten Manager des Jahrzehnts gehört. Richard Fuld, letzter Vorsitzender und CEO der Investmentbank Lehman Brothers, hat durch Missmanagement nicht nur seine Bank, sondern weltweit Menschen in den Ruin getrieben. Er verdiente in den vergangenen zehn Jahren rund 457 Millionen Dollar und steht damit auf Platz elf der Liste der bestbezahlten Bosse, wie das *Wall Street Journal* in einer Analyse aufzeigte. Der als autoritärer Alleinherrscher verschriene Bankmanager Fuld hatte Lehman Brothers über Jahre zu immer spekulativeren Finanzgeschäften getrieben, bis die Bank im September 2008 zusammenbrach. Die Pleite gilt als Mitauslöser für die weltweite Finanzkrise¹. In Europa sind die Verhältnisse nicht ganz so krass. Allerdings haben sie sich gerade in Deutschland rasant in einer nicht erwünschten Richtung entwickelt. Jeder fünfte Deutsche bekommt für seine Arbeit nur einen Niedriglohn. Wie eine Studie der Universität Duisburg-Essen berechnet hat, haben 2008 in Deutschland insgesamt 6,55 Millionen Arbeitnehmer einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle der Industrienationen erhalten – so viele wie nie zuvor. Innerhalb von zehn Jahren sei die Zahl der Niedriglohnempfänger um 2,3 Millionen Menschen gewachsen. Maß-

stab war die Schwellendefinition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der zufolge Niedriglöhne weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns in einem Land betragen: für Westdeutschland sind das 9,50 Euro, für Ostdeutschland 6,87 Euro. In europäischen Nachbarländern ist der Niedriglohnanteil in den vergangenen Jahren deutlich niedriger gewesen: in Frankreich im Jahr 2005 rund 11,1 Prozent der Beschäftigten, in Dänemark bei 8,5 Prozent. 3,6 Prozent der deutschen Niedriglohn-Beschäftigten bekommen sogar «extreme Niedriglöhne» von unter fünf Euro je Stunde, weitere 6,7 Prozent von unter sechs Euro. In den meisten EU-Ländern wären solchen Vergütungen «unzulässig», weil die gesetzlichen Mindestlöhne in den Staaten zwischen 40,5 Prozent und 62,7 Prozent des Vollzeitstundenlohns betragen.²

Soziale Herkunft entscheidend für den Bildungserfolg

Diese enorme Ungerechtigkeit hat gravierende Folgen, wie der 17-jährige Frank mit Erstaunen zur Kenntnis nimmt: Nicht Intelligenz und Leistungsvermögen, sondern die soziale Herkunft sind entscheidend für den Bildungserfolg, wie wissenschaftliche Untersuchungen seit Jahrzehnten zeigen – zuletzt z.B. die groß angelegten PISA-Studien (Programm zur internationalen Schülerbewertung) der OECD und die IGLU-Studie 2006 (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung). Man kann inhaltlich gegen beide Untersuchungen erhebliche Vorbehalte haben, aber der Zusammenhang von Reichtum und Schulerfolg ist nicht zu bestreiten. Das gilt ganz besonders für Deutschland (und auch für die Schweiz). «Chancengleichheit» ist ein realitätsfernes Schlagwort, ein «Mythos»: «Jeder kann den Aufstieg schaffen, allein Können, Talent und Fleiß ölen die Karriere – nichts als eine schöne Fata Morgana. In Wahrheit bleibt Deutschland eine geschlossene Gesellschaft. Beruflicher Erfolg wird über Generationen vererbt. Gerade auf den Chefetagen gilt das U-Bahn-Prinzip: Wer drin ist, hält die Tür zu.» Und – Frank staunt immer mehr: «Deutschlands Gesellschaft verknöchert.» Schon die Potsdamer Elitestudie von 1995 «hat ergeben, dass 82 Prozent der Chefs in Deutschland selber einen Chef zum Vater haben. Seit den zwanziger Jahren hat sich wenig geändert: Eine Oberschicht besetzt Generation für Generation die Führungspositionen.» Die Lehrer in Kanada, Finnland und England schaffen es weltweit am besten, die Kinder von gebildeten und weniger gebildeten Eltern auf einen Stand

zu bringen – was auf Eigenverantwortung der Schulen, gute Betreuung der Schüler und vor allem auf Bildungsreformen zurückgeführt wird, die diese Länder schon vor 20 Jahren angepackt haben. «Die Deutschen waren vor fünf Jahren noch selbstzufrieden davon überzeugt, dass bei ihnen die soziale Schicht kaum noch eine Rolle spielt. Erst mit der Pisa-Studie kam der heilsame Schock.»³ Dass sich daran nicht viel geändert hat, zeigt der kürzlich erschiene «dritte Bildungsbericht» Deutschlands: «Die Kluft bleibt unverändert tief».

Freie Schulwahl statt «Frühförderung»

Das Problem wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt: Arbeiterkinder haben einen viel schlechteren Schulerfolg, obwohl sie – entgegen dem damaligen Vorurteil – nicht weniger intelligent sind als andere Kinder. Trotz aller Bemühungen hat sich daran praktisch nichts geändert. Dazu gekommen ist die Migrationsproblematik, die aber letztlich nichts anderes als wiederum ein Unterschichtphänomen ist. Denn Einwandererkinder aus der Oberschicht haben kaum Sprachprobleme – und wenn, können sie leichter überwunden werden. So tönen die Perspektiven düster: «Während unter den Zwanzig- bis Dreißigjährigen insgesamt 2008 schon 17 Prozent ohne beruflichen Bildungsabschluss waren und auch an keiner Bildungsmaßnahme mehr teilnahmen, waren es unter gleichaltrigen Personen mit Migrationshintergrund sogar 31 Prozent. Dabei wird sich die Zahl derjenigen Teilnehmer am Bildungssystem, die aus Einwandererfamilien stammen, in den kommenden Jahren noch erhöhen: In Frankfurt etwa liegt der Anteil der unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund gegenwärtig bei 72 Prozent.»⁴ Und wieder werden Maßnahmen ins Auge gefasst, deren Erfolg zweifelhaft ist. Vor allem besteht die Gefahr, dass etwa die als Allheilmittel gepriesene «Frühförderung» zusätzliche Schäden verursacht wird. Denn sie läuft Gefahr, dass diesen Kindern die Kindheit vorenthalten wird. Eine solche Frühförderung beschleunigt die kognitiven Bereiche, ignoriert aber den ganzen Menschen. Zwar reden die Bildungsbürokraten von «spielerischem Lernen», dokumentieren damit aber einen merkwürdigen Spiel-Begriff. Wirkliches Spielen muss (zweck)frei sein und darf nicht für «Lernziele» und Ähnliches instrumentalisiert werden. Wem es nie vergönnt war, zweckfrei spielen zu dürfen, der wird später Mühe haben, das Gleichgewicht im Leben zu finden. Dabei besteht die Gefahr einer gewissen seelischen Verwahrlosung, die schon heute bei einigen Jugendlichen in erschreckendem Ausmaß beobachtet werden kann.

Die geschilderten Zusammenhänge entlarven auch die «Volksschule» als leeres Gerede. Eine wahrhafte Volksschule müsste die Kinder für längere Zeit so durchmischen, dass sie nicht nach vier Jahren (wie in Deutschland teilweise üblich) wieder separiert werden, sondern dass sie

in jeder Beziehung von einander lernen können. Auf diese Weise können sie erfahren, dass jedes Kind seinen Wert in sich und seine individuellen Fähigkeiten hat – nicht nur kognitive, sondern auch handwerkliche oder künstlerische. Nur so können die sozialen Schichten dauerhaft aufgebrochen und eine wahrhafte Volksschule realisiert werden. Vorbild ist – bei allen noch bestehenden Mängeln – die Waldorfschule. Denkbar sind noch viele andere Modelle. Entscheidend wäre die *freie Schulwahl* unter allen *öffentlichen* Schulen (ob in staatlicher oder privater Trägerschaft; als nicht öffentlich gelten Einrichtungen, die aus religiösen, ethnischen oder finanziellen Gründen nicht alle Lernenden aufnehmen wollen) – eine freie Schulwahl, wie sie die Menschenrechte im Prinzip vorsehen!

Immer mehr Analphabeten

Apropos: «Jeder zehnte Berliner Drittklässler ist vom Analphabetismus bedroht. Dabei spiele die Muttersprache der Eltern nicht allein die entscheidende Rolle, sondern auch die soziale Herkunft, hieß es in einer Antwort der Senatsverwaltung für Bildung auf eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten. Die Verwaltung berief sich auf Ergebnisse eines Vergleichstests unter 22 000 Berliner Grundschulern aus dem Jahr 2009.»⁵ Da ist es nur ein schwacher Trost, dass im Italien Berlusconi laut einer linguistischen Untersuchung von 2008 jeder zweite Einwohner ein Analphabet ist. (Von 60 Millionen sind zwei Millionen völlige Analphabeten, 13 Millionen Halb-Alphabeten, Leute, die ihren Namen schreiben können, aber nicht fähig sind, die Zeitung zu lesen. 15 Millionen sind sekundäre Analphabeten, sie konnten schon lesen und schreiben, haben es aber wieder verlernt – zusammen also 30 Millionen Einwohner, deren einzige Information das Fernsehen ist, wobei fünf von sieben Sendern dem Ministerpräsidenten gehören oder unter seinem Befehl stehen.)⁶

Arme sterben früher

Zu all dem kommt hinzu, dass Armut offenbar auch das Leben verkürzt. Die Politik der neoliberalen Ideologie führte einerseits zur Finanzkrise und andererseits zum Auseinanderklaffen der Einkommen. In einer Studie haben nun Wissenschaftler der Universitäten von Sheffield und Bristol auf eine weitere Konsequenz dieser Politik aufmerksam gemacht.⁷ Laut diesen Untersuchungen hat sich die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in der vorzeitigen Mortalität der Menschen in England und Wales wieder so weit erhöht, «dass sie der gleiche, die vor dem weltwirtschaftlichen Einbruch von 1929 und der darauf folgenden Wirtschaftskrise geherrscht hat. Seit 1990 wuchs die Ungleichheit stetig an, und sie könnte noch schlimmer werden. (...) 1990 starben die ärmsten Menschen im Vergleich zu den reichsten 1,6 mal frühzeitiger, 2006–2007 war die Wahrscheinlichkeit schon auf das

Doppelte angestiegen. (...) Nun ist die Ungleichheit bis zum Alter von 65 Jahren auf dem höchsten Stand – zumindest seit 1921, als erstmals entsprechende Daten gesammelt wurden.»⁸

Milliarden-Spenden: Ganz eigennützige Motive ...

Frank, der 17-jährige Jüngling, ist angesichts dieser Verhältnisse ziemlich deprimiert. Etwas Hoffnung macht ihm die Meldung aus Amerika: «40 amerikanische Milliardäre wollen die Hälfte ihres Vermögens für wohltätige Zwecke spenden: Sie schlossen sich einer von Microsoft-Gründer Bill Gates und Investment-Guru Warren Buffett im Juni ins Leben gerufenen entsprechenden Kampagne an. Zu den Spendern zählen der Medienmogul Ted Turner, New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg, Oracle-Mitbegründer Larry Ellison, Bankier David Rockefeller und Investor Ronald Perelman.»⁹ Ist nicht das die Lösung des Problems – vor allem wenn die Aktion auf die ganze Welt ausgedehnt werden könnte? Nun: «Viele der Unterzeichner wärmen (...) Versprechen auf, die sie längst gegeben haben. Das verleiht der Aktion in den Nachwehen der Bankenkrise, in denen seit Jahresfrist über 100 amerikanische Geldhäuser kollabiert sind, den Ruch einer gigantischen Kampagne von Kapitalisten für den Kapitalismus.» Dazu kommt, dass «sich der Staat an den Spenden per Steuererleichterung beteiligt». Denn «die gespendeten Aktien in den Stiftungen sind auch noch der Erbschaftsteuer entzogen, die jetzt schon 55 Prozent beträgt und über deren Erhöhung debattiert wird.»¹⁰ Ein Schweizer Unternehmer und Abgeordneter bringt die Kritik auf den Punkt: «Einer wie Warren Buffett hat keine nachhaltigen Werte geschaffen.» Er fürchtet, der US-Investor werde nun noch höhere Gewinne aus seinem Firmenimperium herauspressen. «Statt zu raffen und dann zu spenden, sollten die Herren lieber aufhören, mit Nahrungsmitteln oder Rohstoffen zu spekulieren», meint der Schweizer. «Sonst sind die öffentlichen Bekenntnisse nur Heuchelei.»¹¹ Es gibt aber auch noch eine andere Seite: Philanthropie verhilft den Spendern auch zu einem gesteigerten Selbstwertgefühl. «Er habe «mehr Spaß» daran, Geld für gemeinnützige Zwecke wegzugeben, als überhaupt «Geld zu machen», bekennt Peter Peterson, Gründer der Private-Equity-Firma Blackstone und ehemals Chef von Lehman Brothers. «Weder unser Glück noch unser Wohlbefinden könnte gesteigert werden», wenn er und seine Familie mehr als ein Prozent ihres Multimilliardenvermögens für sich behielte, lässt Investorenlegende Warren Buffett die Öffentlichkeit wissen. Und Bill und Melinda Gates schwärmen von der «wunderbaren Erfahrung», die ihnen das Weggeben großer Teile ihres Vermögens gebracht habe.» Diese Bekenntnisse der Superreichen, «zeigen in bemerkenswerter Offenheit, dass es beim Spenden auch um ganz eigennützige Motive geht: Man fühlt sich gut.»¹²

Rudolf Steiner: wie Geld aufhören kann, nur Machtmittel zu sein

Dem jungen Frank geht ein Licht auf, wenn er sich die Feststellung Rudolf Steiners vergegenwärtigt, wonach «Geld nur ein Machtmittel ist»: «Dass man seinen Mitmenschen sein Geld gibt, das bedeutet nur, dass man die Mitmenschen am Gängelbände, am Sklavenbände führen kann, sie zwingen kann, dass sie für einen arbeiten.»¹³ Deshalb sollten auch Einkommen, Existenzmittel, und Arbeit getrennt werden. «Wenn jemand nicht mehr für seine Arbeit entlohnt wird, dann verliert das Geld als Machtmittel für die Arbeit seinen Wert. (...) Dann können Sie natürlich nirgends erreichen, dass jemand durch das Geld in die Arbeit gezwungen werden kann.» Es gibt «kein anderes Mittel» gegen den «Missbrauch, der getrieben wird mit dem bloßen Gelde, als wenn überhaupt die soziale Struktur so geschaffen wird, dass niemand für seine Arbeit entlohnt werden kann, dass die Beschaffung der Existenzmittel von ganz anderer Seite her bewirkt wird», dass «der Mensch nicht von seiner Arbeit, sondern aus anderen Quellen der Sozietät sein Leben zu fristen hat». Das heißt nun selbstverständlich nicht, dass Arbeit keinen Wert hat, oder gar, dass man nicht arbeiten soll. Steiner hält fest: «Das gerade wird die Arbeit wertvoll machen, dass sie nicht mehr entlohnt wird.» Damit man «des Lebens Minimum» hat, müssen soundso viele Leute arbeiten. Dieser Gedanke ist «untrennbar von dem anderen Gedanken, dass man das wiederum der Sozietät zurückgeben muss, nicht durch Geld, sondern wiederum durch Arbeit, was für einen gearbeitet wird». Erst wenn man sich dazu «verpflichtet fühlt», erst dann hat man «Interesse für seine Mitmenschen», durchschaut man die «wirkliche soziale Struktur»¹³.

Wie man von Konflikten profitieren kann

«Unser» Jüngling fragt sich, was das für «Quellen der Sozietät» sind, aus denen das Leben zu fristen wäre. Er nimmt aber zur Kenntnis, dass Arbeit zwar sein soll, nicht aber erzwungen werden darf, indem sie mit den Existenzmitteln verknüpft wird. Das bedeutet, dass sie sinnvoll sein muss, denn niemand wird ohne Not unsinnige Arbeit leisten wollen.

Beispiele für unsinnige Arbeit gibt es zuhauf. Zwei aktuelle Beispiele. Das erste ist ein europäisches: Griechenland muss in fast allen Bereichen sparen, dennoch ermuntern Deutschland und Frankreich die Hellenen zu einem absurden Rüstungswettlauf mit der Türkei. «Griechenland hat zwar lediglich 11 Millionen Einwohner, ist aber dennoch Europas größter Waffenimporteureur – weltweit steht es an fünfter Stelle. Über Jahre hinweg verkauften deutsche Konzerne mit Protektion der Bundesregierung ihre neuesten Innovationen an die Griechen. Ein todsicheres Geschäft, schließlich liefert man sich auf beiden Seiten der

Ägäis einen absurden Rüstungswettlauf. Jeder Auftrag aus Athen zieht einen Auftrag aus Ankara nach sich – und umgekehrt. Und wenn die Griechen ihre Wehrtechnik Made in Germany nicht bezahlen können, hilft halt der deutsche Steuerzahler aus» – mit dem Beitrag an die maximal 110 Milliarden Euro, die die EU Griechenland für die nächsten drei Jahre zur Verfügung stellt... «Ein Ausstieg aus dieser Spirale der Unvernunft ist nicht in Sicht. Anstatt bei den Verteidigungsausgaben zu sparen, orderte Athen in diesem Jahr zwei neue deutsche U-Boote und sechs französische Fregatten. Die Konkurrenzaufträge mit Ankara sind schließlich bereits unterschrieben.» Bei den Deutschen geht es um «Altlasten» von 2,8 und Neulasten von über einer Milliarde Euro, bei den Franzosen geht es um 3,5 Mrd. Euro. Insider wissen, dass beide Regierungen (D und F) den Deal zur Voraussetzung für die EU-Hilfe gemacht haben. Das ist nicht verwunderlich, denn: «Griechenland und die Türkei sind mit 13% und 15% Marktanteil die größten Kunden deutscher Waffenexporteure. Die deutsche Wirtschaft hat ein großes Interesse daran, dass dieser Konflikt stetig köchelt.»¹⁴ Für die Franzosen gilt Ähnliches.

Noch ein Beispiel für unsinnige Arbeit

Am Köcheln eines anderen Konflikts, der unsinnige Arbeit verursacht, ist eine Macht in Übersee interessiert: Die USA planen laut *Wall Street Journal* einen milliarden-schweren Waffendeal mit Saudi-Arabien, das das iranische Atomprogramm fürchtet. Das Geschäft umfasst auch die Lieferung von F-15-Kampffjets, von denen die Saudis bereits ältere Versionen besitzen. Das Auftragsvolumen umfasst 30 Milliarden Dollar. Es wäre einer der größten Einzelverkäufe dieser Art überhaupt. Doch die Amerikaner werden wohl nicht die modernste Version des Flugzeugs verkaufen können. Denn Israel sorgt sich um seine Sicherheit. «Die USA haben sich Israel gegenüber zum Austausch von Informationen über solche Aufträge verpflichtet. Der Kongress kann Waffengeschäfte sogar blockieren, sollten sie den Sicherheitsinteressen Israels zuwiderlaufen.» Israel besteht auf militärischer Überlegenheit gegenüber den Nachbarstaaten und kann dabei traditionell auf die Hilfe aus dem Weißen Haus hoffen. «Dass Washington nun Saudi-Arabien, das Israel als Rivalen betrachtet, mit hochmodernen Waffen ausrüstet, stößt (...) in Jerusalem auf Unverständnis. Die israelische Armee gilt als eine der schlagkräftigsten der Welt. Die Luftwaffe verfügt unter anderem über US-Kampfflugzeuge der Typen F16 und F15. Erst 2007 hatte Israel sich mit den USA auf Waffenlieferungen im Wert von ebenfalls 30 Milliarden Dollar geeinigt.»¹⁵ Apropos: «Zumindest einige der saudischen Piloten» fliegen mit Kampffägern, «in denen Einzelteile stecken, die in Israel produziert wurden».¹⁶

Auch ein Sklavenband

Wie man die Mitmenschen auch am Sklavenband führen kann, zeigen 91 731 meist geheime Berichte aus Datenbanken des US-Militärs über den Afghanistan-Krieg, die durch den Internetdienst *Wikileaks* an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Publikationsorgane *Spiegel*, *New York Times* und *Guardian* haben die überwiegend geheimen Papiere analysiert. «Sie enthüllen die wahre Dimension des westlichen Militäreinsatzes.»¹⁷ Wenn auch vieles schon bekannt ist, beleuchten die Dokumente doch brisante Hintergründe. So wird ersichtlich, dass etwa der pakistanische Geheimdienst immer wieder als Unterstützer der Taliban agiert. *Europäer*-Leser wissen, dass der damalige CIA-Chef Porter am 11.9.2001 im Kapitol in Washington «gemütlich mit dem pakistanischen Geheimdienstchef General Mahmoud Ahmad beim Frühstück zusammen» saß, als die Nachricht der Attacke auf das World Trade Center eintraf¹⁸. Ahmad hatte kurz vorher einem gewissen Mohammed Atta (einem der angeblichen Flugzeugentführer) 100 000 Dollar bezahlt... Auch wird belegt, dass die USA – entgegen den offiziellen Verlautbarungen – seit Jahren sehr wohl Spuren von Osama bin Laden haben.¹⁹ *Europäer*-Leser wissen zudem von Richard A. Clarke, dem «Terrorbeauftragten» von George W. Bush, dass der damalige US-Verteidigungsminister Rumsfeld bereits am 12. September 2001, also einen Tag nach der Attacke auf die Türme in New York, die Bombardierung des Iraks forderte, weil es in Afghanistan zu wenig gebe, das sich zu bombardieren lohne.²⁰ Ein Hinweis mehr, dass dieser Krieg illegal ist, wie einige Völkerrechtler meinen.

Boris Bernstein

1 *Spiegel Online*, 27.7.2010.

2 AFP-Meldung vom 5.8.2010.

3 *Spiegel Online*, 30.6.2004.

4 www.faz.net 17.6.2010.

5 www.sueddeutsche.de 4.7.2010.

6 *Süddeutsche Zeitung*, 28.7.2010.

7 www.bmj.com/ 22.7.2010.

8 www.heise.de/tp/ 23.7.2010.

9 www.faz.net 5.8.2010.

10 www.faz.net 8.8.2010.

11 *Sonntagsblick, Zürich* 28.7.2010.

12 www.manager-magazin.de 6.8.2010.

13 Rudolf Steiner, GA 186, 30.11.1918.

14 www.heise.de/tp/ 25.7.2010.

15 *Spiegel Online*, 9.8.2010.

16 *Welt Online*, 10.8.2010.

17 *Spiegel Online*, 25.7.2010.

18 www.oraclesyndicate.org, August 2004.

19 AFP-Meldung vom 29.7.2010.

20 *Sonntagszeitung, Zürich* 4.12.2005.